

Kommuniqué

des Justizausschusses

über den Bericht der Bundesministerin für Justiz über die Anwendung und Auswirkung der Übernahme der Strafvollstreckung durch den Heimatstaat nach dem EU-JZG-ÄndG 2011 aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 6. Dezember 2011 Nr. 209/E XXIV. GP (III-98 der Beilagen)

Die Bundesministerin für Justiz hat dem Nationalrat am 3. Jänner 2025 den gegenständlichen Bericht (III-98 der Beilagen) zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorgelegt.

Der Justizausschuss hat den gegenständlichen Bericht in öffentlicher Sitzung am 1. April 2025 in Verhandlung genommen und gemäß § 28b GOG enderledigt.

Im Anschluss an die Ausführungen der Berichterstatterin Abgeordneten Mag. Sophie Marie **Wotschke** gab die Bundesministerin für Justiz Dr. Anna **Sporrer** eine einleitende Stellungnahme ab. An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Sophie Marie **Wotschke**, Mag. Muna **Duzdar**, Christian **Lausch** und Ing. Josef **Hechenberger** sowie die Bundesministerin für Justiz Dr. Anna **Sporrer**.

Bei der Abstimmung wurde der Bericht der Bundesministerin für Justiz über die Anwendung und Auswirkung der Übernahme der Strafvollstreckung durch den Heimatstaat nach dem EU-JZG-ÄndG 2011 aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 6. Dezember 2011 Nr. 209/E XXIV. GP (III-98 der Beilagen) einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das vorliegende Kommuniqué wurde vom Justizausschuss einstimmig beschlossen.

Wien, 2025 04 01

Mag. Christian Ragger

Schriftführung

Mag. Klaus Furlinger

Obmann